

n Sie
Preise

dass Sie
Schirme
waren
sten

Globus
Westliche 42

m.

ghard

Telefon Nr. 163

für
Vorlagen
Bestoffe

Geräte

Akkumulatoren
Boden-Batterien
u. Ersatzröhren
huth, Calw.

Barfettböden

os und schnell bere-

und billigste Reini-
Barfett-, Tisch-
wie Möbel zc.
Kalter, Neuenbürg.

verkauf.

7 Uhr ab

in Höfen

er Transport

er, gutgewohnter

kräftiger Kühe,

hr große Auswahl

n, sowie ein

ntfahren

schließbar freundlich

nd Löwengardt,

n.

Bezugspreis:

Halbjährlich in Neu-
bürg 75 Goldpf. Durch
die Post im Orts- u. Ober-
amtsbezirk, sowie im
In- u. Ausl. 75 G. 1/2.
m. Postbefreiung. Preise
verbleib. Nachbeziehung
vorbehalten. Preis einer
Nummer 10 Goldpf.

In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Erfüllung der Zeitung od.
auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Austrägerinnen
jederzeit entgegen.

Druck-Verlag Nr. 24
D. V. - Gasse, Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck-Verlag Nr. 24, D. V. - Gasse, Neuenbürg. für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Neuenbürg.

Nr. 288.

Neuenbürg, Samstag, den 6. Dezember 1924.

82. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Die Wahlkämpfe sind zu Ende. In ihren letzten Phasen wurde sie teilweise mit großer Festigkeit geführt, von der Linken mit innerer Geschlossenheit, von den bürgerlichen Parteien wie immer vielfach mehr unter Hervorhebung dessen, was und trennt, als dessen, was und einigt. Das ist eine bedauerliche Folge der inneren Zersplitterung und auch des Mangels einer einheitlichen Wahlparole. In wässrigen Antritten kam es nur in einer Versammlung der Sozialdemokratie, wo durch die Kommunisten an die Stelle der geistigen Waffen Faust, Gummi- und Messer traten. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold betätigte sich vielfach als Wahlkampftruppe der Sozialdemokratie. Im übrigen beharrte sie auch diesmal wieder das alte Wort, daß sie so viel gelogen wie vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd. Was insbesondere der Landesregierung in die Schuhe geschoben wurde, war so stark, daß sie sich zur Abwehr gezwungen sah, und zu der Feststellung, daß sie jede Gelegenheit benutzt habe, um sich in Berlin für die Vorsehung der unteren Beamtengruppen einzusetzen, und daß die Behauptung, sie beabsichtige, diesen Gruppen die Pensionsberechtigung zu entziehen, weiter nichts als ein untrüglicher Beweis sei. Auch eine vielfach verbreitete falsche Vorstellung über die württembergische Wohnungsverhältnisse trat hier mit dem Nachweis entgegen, daß die württembergische Wohnungsverhältnisse, obwohl für die erwarteten Mittel nicht in vollem Maße zureichend, vier Millionen Mark für Wohnungsbau darüberschüssig und außerdem für eine Million Mark Schuldenlast gelindert hat. Die Regierung wird außerdem alle Anstrengungen machen, um den Baumarkt im kommenden Jahr kräftig zu beleben. Der Wähler wird gut daran tun, sich durch all die Schwundeländer nicht beirren zu lassen und bei Abgabe seiner Stimme sich darüber klar zu sein, daß nur eine energische Regierung mit einer vollwirtschaftlich guten Politik und mit dem entschlossenen Willen, das nationale Ansehen zu wahren und auf eine Revision des Versailler Vertrages hinzuwirken, das deutsche Volk aus Schmach und aus Not befreien kann. Jeder hat es nun in der Hand, durch Stimmabgabe dafür zu sorgen, daß der kommende Reichstag eine Zusammenfassung erfährt, die ihn zu einem brauchbaren Instrument kräftigen nationalen Volkswillens macht.

Während die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sich sehr in die Länge ziehen, sind die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen zu einem raschen Abschluß gekommen. Dies ist ein Beweis dafür, daß die Verhandlungen im Geiste der Verständigung geführt wurden, um an Stelle der einseitigen Zwangsbestimmungen des Versailler Vertrages, die am 10. Januar 1925 ihr Ende finden sollen, vertragliche Vereinbarungen zu setzen. Besondere Schwierigkeiten bot die Regelung der zehnjährigen Ausfuhrabgabe. Sie ist eine Vorwegnahme eines Teils der deutschen Reparationszahlungen. Die Form der Abgabe gestaltete sich bisher derart, daß der ausländische Importeur 26 Prozent seiner Schuld nicht an den deutschen Lieferanten, sondern an die englische Staatskasse abzuliefern hatte. Es blieb der deutschen Regierung dann überlassen, den Exporteur dann zu entschädigen. Nunmehr wird die Abgabe nicht mehr von den Einkassierungen, sondern in monatlichen Raten aus dem Grund einer solchen Berechnung erhoben. Ein besonderer Erfolg ist, daß der Vertrag auf der allgemeinen gegenseitigen Gleichberechtigung abgeschlossen wurde. Jede unternormale Behandlung deutscher Staatsbürger gegenüber Ausländern wurde fallen gelassen. Damit sind die normalen Verhältnisse wieder hergestellt. Der Vertrag gilt für fünf Jahre mit einjähriger Kündigungsfrist. In seiner Vollständigkeit unterliegt der Vertrag aber noch der Ratifizierung des Reichstages und des deutschen Parlamentes. Der günstige Abschluß des Vertrages ist ein Fortschritt auf dem Weg der wirtschaftlichen Verständigung der ehemaligen Kriegsgegner und wird seine Rückwirkung auf die deutsch-französischen und deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen, die zurzeit noch in Schwere sind, nicht verfehlen.

Deutschland.

Stuttgart, 5. Dez. Der Abg. Gengler (Jr.) hat folgende kleine Anfrage gestellt: Am 1. Februar 1924 wurde die Soziale Säule, am 1. April die Soziale Säule, das heißt die Säule der Stille, die eine dauernde sein. Einige Arbeiter wurden von der Knappschaftsversicherung entlassen, die große Mehrzahl aber der Erwerbslosenversicherung überwiesen. Die Bewusstheit der Erwerbslosenunterstützung ist teilweise abgefallen bzw. läuft demnach nicht vollständig ab. Jahrzehnte haben diese Arbeiter den Staatlich würt. Säulen zu niedrigen Löhnen ihre Arbeitskraft gegeben. Jetzt sind sie arbeitslos in einem Alter, in dem man ihnen sagt, daß sie noch zu jung seien, um als Invalide erklärt zu werden. In Fall sind es noch 16 solcher Arbeiter, die infolge ihres Alters keine Beschäftigung erhalten konnten. Eine Hilfe ist dringend erforderlich. Was bedeutet die Staatsregierung zu tun, damit diesen in großer Not befindlichen, arbeitslosen Säulenarbeitern mit dem Ablauf der Erwerbslosenversicherung eine weitere Fürsorge zuteil wird, insbesondere aber für eine geeignete Beschäftigung gefordert wird?

Mannheim, 2. Dez. Der kommunistische badische Abgeordnete Wolf, der nach dem Schluß der dritten Periode des badischen Landtages nach Erlöschen seiner Immunität am 10. August wegen Hochverrats auf Grund eines Haftbefehls des Staatsgerichtshofes aus Schwab den Republik verhaftet worden war, wegen Krankheit jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, befindet sich noch immer im Sanatorium. Er hat nunmehr beim Reichskanzler Vorschlag den Antrag zur Ausstellung eines Auslandspasses zu einer mindestens zweimonatigen Erholungsreise nach Italien gestellt. Der Antrag wurde wegen des gegen Wolf bestehenden Haftbefehls abgelehnt. Daraufhin stellte Wolf einen direkten Antrag beim Staatsgerichtshof. Der Staats-

gerichtshof hat in einer nicht öffentlichen Sitzung in Freiburg den Antrag ebenfalls abgelehnt, weil die Bedenten durch die Aufhebung des Haftbefehls ehrenwärtlich zur Rückkehr nach der Verurteilung zu verpflichten, nicht beseitigt werden.

Krefeld, 5. Dez. Reichsminister Dr. Jarres hielt gestern eine Rede, in der er u. a. ausführte, daß das Reichsamt in der Aufwertungsfrage zu der Auffassung gekommen sei, daß über die ursprünglichen Vorschläge und Absichten des Finanzministers hinaus dem Reichstag Vorschläge gemacht werden könnten. Kurz nach den Wahlen werde eine Verordnung über die Verlängerung der Termine für die Regelung der Aufwertungsansprüche nach der dritten Steuernotverordnung erlassen.

Berlin, 5. Dez. Nachdem durch Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums die Gesandtschaft in München am 1. Dez. 1923 aufgehoben worden war, schwebten zurzeit Verhandlungen mit der bayerischen Regierung, welche die Wiedererrichtung der bayerischen Vertretungen zum Ziele haben. Begründet wird die Wiedererrichtung mit der Vertiefung und Pflege des alten Vertrauensverhältnisses zwischen Bayern und Sachsen im Interesse der beiden Länder und des Reiches.

Der Staatspräsident und die Demokratie.

Stuttgart, 4. Dez. Eine amtliche Mitteilung wendet sich gegen den von der Demokratie aus unbedenklichem Maß gegen den Staatspräsidenten Vazille entsprungene Verleumdungsseidzug und stellt fest, daß die Behauptungen über die französische Staatsangehörigkeit des Staatspräsidenten unmaß sind. Der Vater des Staatspräsidenten war kein geborener Franzose, sondern hat erst durch die Einbürgerung Savoyens nach Frankreich die französische Staatsangehörigkeit erlangt. Er wurde am 1. März 1874 in Eglingen geboren, in Deutschland aufgewachsen und seine Mutter stammt aus Eglingen. Er hat nie Beziehungen zu Frankreich gehabt, hat sich stets nur als Deutscher gefühlt und in demnächstigen Interesse politisch betätigt. Die gegenteiligen Behauptungen sind reiner Wahlwindel. Dem französischen Konsul hat der Staatspräsident lediglich einen Besuch erwidert, wie es seine amtliche Pflicht war. Er hat nie daran gedacht, den Wilhelmipalast zu erwerben, um dort seine Wohnung zu nehmen, geht auch nicht mit der Absicht um, den Oberamtmann den Titel Vizepräsident zu geben und hat die Gesandtschaft in Berlin nicht angewiesen, den spanischen Handelsvertrag abzulehnen, wenn seine Annahme sicher sei. Die Instruktion lautet einfach auf Ablehnung, weil der Vertrag weder im Interesse der Landwirtschaft noch der Industrie lag. Es ist unmaß, daß der Staatspräsident nach Berlin telegraphierte, der Londoner Vertrag sei abzulehnen, wenn seine Annahme sicher sei. Der frühere Gesandte in London wurde nicht vom Staatspräsidenten unter Vertretung der Befehle entlassen, sondern vom Staatsministerium unter voller Vertretung der Befehle. Unmaß ist, daß die Staatskasse für die Wahlen des Staatspräsidenten in Anspruch genommen wird, daß der Staatspräsident die Aufhebung der Sozialisten betreibt, den unteren Volksgruppen die Pensionsberechtigung entziehen will, jemals das württembergische Volk beleidigt, die Wähler gestuzt oder sich über sie lustig gemacht hat, und daß er sich über die Gesandtschaften des württembergischen Volkes ausgesprochen hat und daß er den Angestellten und Arbeitern gleichgültig gegenübersteht. Er hat im Gegenteil die Vorarbeiten zur Schaffung geselllicher Vertretungen auch der Angestellten und Arbeiter sofort nach Übernahme seines Amtes angeordnet. Es ist unmaß, alle weiteren Verleumdungen aufzuführen, die gegenwärtig jeden Tag in immer neuen Erfindungen gegen den Staatspräsidenten das öffentliche, das von Mund zu Mund verbreitet werden. Es ist ein betrübendes Zeichen der Zeit, daß der Wahlkampf gegen den höchsten Beamten des Landes statt in der Form sachlicher Kritik mit Lügen und Verdächtigungen geführt wird.

Abbau der Kontrollkommission?

Die „Neue Tägliche Rundschau“ wendet sich zu berichten, daß die alliierten Regierungen beschließen hätten, die Zahl der Offiziere der Überwachungskommission fast um die Hälfte zu vermindern. Die Kommission, die noch einen Stand von 120 Offizieren aufweist, soll Ende des Monats auf 100 herabgesetzt werden. Im Januar seien weitere Verminderungen in Aussicht genommen, die wohl als Vorläufer des gänzlichen Abbaues anzusehen sind. Der Bericht der Überwachungskommission an den Vorkontrollrat sei im Februar nächsten Jahres zu erwarten. Erst bis dahin würden die Ergebnisse der Kontrollkommission vollständig vorliegen. Unabhängig davon soll versucht werden, eine Reihe von kritischen Fragen — dazu gehört auch die frühere, heute schon fast verfallene Forderung der Vorkontrollkonferenz nach Amorgantisation der Polizei, Auslieferung des vorhandenen Kriegsmaterials — zu lösen. An dem Entschluß, die Überwachungskommission zu verringern, wird wohl auch das Wüsten-Rentiermarkt mit Schuld sein. Es läßt sich heute eben erheblich teurer für die Ententoffiziere als in den Zeiten der sogenannten Inflation.

Ausland.

London, 5. Dez. England richtete an den Vorkontrollrat eine Note, worin es formell seine Einmischung des Vorkontrollrats in die ägyptische Frage zurückweist.

Paris, 5. Dez. Eine kommunistische Interpellation über den Fall Sabon wurde von der Kammer nach kurzen Erklärungen der Herrschaften mit sehr großer Mehrheit abgewiesen.

Der Fehlerhut in Westfalen.

Aus Innsbruck werden Mitteilungen von Lauren ge-

Einigeigenpreis:

Die eine, Zeitzeile oben
deren Raum im Bezirk
15, außerh. 20 Goldpf.,
Kehl, Seite 50 Goldpf.,
m. Post, Steuer, Kollekt.
Zwischen 100, Zulassung,
Offener und Ausnahm-
erteilung 20 Goldpf.,
Bei größeren Aufträgen
Kobalt, der im Falle des
Nachzahlens hinfällig
wird, sowie wenn
Zahlung nicht innerhalb
14 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt. Bei Tarif-
veränderungen treten so-
fort alle früheren Ver-
einbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird besonderer Gemähl
übernommen.

meldet, die italienische Finanzwachleute in Hundert im Buxer-
tal begangen haben und begehren sollen. Der Reichsbanner der
Finanzwache verlangt, daß jeder vor ihm den Hut abziehe, und
lasse alle diejenigen, die diesen Gruß verweigern, verurteilen.

Französische Todesurteile.

Das Kriegsgericht des 20. französischen Armeekorps hat, wie jetzt erst bekannt wird, den bekannten württembergischen
Divisionsgeneral von Berrer, den bayerischen Brigadegeneral
(6. Inf.-Brigade) Claus, Oberst Hude (Inf.-Regt. 105), sowie
verschiedene andere Offiziere und Feldwebel der Infanterie-
Regimenter 165, 157 und 60 wegen angeblich im August 1914
in Werbeville bei Lunewille angeordneter Grausamkeiten „im
Abwesenheit“ zum Tode verurteilt. Das Kriegsgericht hat nun
festgestellt, daß in der angegebenen Zeit bayerische Truppen
überhaupt nicht in jener Gegend waren. Im übrigen wurde
am 27. August um den Befehl von Werbeville fertig gekämpft,
als die Franzosen bei Saarburg geschlagen und auf Spinal zu-
rückgeworfen wurden. Dabei ging das Dorf in Flammen auf.
Generalleutnant von Berrer ist bekanntlich, bei der Gefangenschaft
der geschlagenen Italiener am Tagliamento, seinen Truppen
(31. preuß. Inf.-Div.) im Kraftwagen vorausgegangen, am 28. Ok-
tober im Dorf St. Gortard bei Udine gefallen. Daß die Fran-
zosen sich ihrer lächerlichen Kriegsgerichtsformalitäten immer noch
nicht schämen!

Ein ägyptisches Komplott in London?

London, 5. Dez. London steht wieder einmal wie zu Zeiten
der Sinn-Reiner und Rühlischen vor einer terroristischen Kom-
boge auswärtiger Verächter. Die Regierung erhielt drin-
gende telegraphische Mitteilung aus Ägypten, daß die ägypti-
schen Extremen aus Rache für die gegen ihr Land getroffenen
Maßnahmen Verschwörungen zur Ermordung britischer Ab-
binettmitglieder und Vertreibung von Londoner öffentlichen
Gebäuden mit Dynamit angesetzt haben. Die Minister be-
ziehen in einer Konferenz über diese Gefahr und die noch zu
treffenden Abwehrmaßnahmen. Der Londoner Polizeikommissar
wurde zu der Konferenz hinzugezogen, und es wurde beschlos-
sen, daß alle Minister durch bewaffnete Detachements bewacht
werden sollen. Weiter sollen besondere Schritte zur schärferen
Überwachung verdächtiger Personen und zum Schutze der Ge-
bäude und des Publikums gegen Schlägen und Bomben-
würfen werden. Namentlich werden die Parlaments- und Regierungs-
gebäude streng bewacht werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Adventszeit.

Alles ist voll Erwartung, voll Abnung uralter und ewig
junger Freude, voll frohlicher Arbeit, das heißt zu bereiten. —
Aber so wie die eine brennende Kerze am Adventstrang lange
und tiefe Schatten in unsere Stube wirft, so lenkt die Abnung
unkünftiger und naber Freude den Schatten einer gemäßigten
Frage in unser Herz: nun will ich feiern und frohlich sein;
bin ich der Mensch, der sich wahrhaft freuen kann? Nun will
ich Freude schaffen; bin ich ein Mensch, der erntet und be-
glücken kann, der die hohe Kunst des Gebens und Scheitens
wahrhaft versteht, der schenken kann aus dem Reichtum seines
überströmenden Herzens heraus? Wilhelm Stählin.

Wachtet die Türe weit und die Türen in der Welt hoch, damit
der König der Ehren einziehe! Psalm 24.

Neuenbürg, 5. Dez. 25 Wahlvorschläge sind, so schreibt
Dr. Wolf, der launige Weersburger Bürgermeister, in seinem
Gemeindeblatt, für die Reichstagswahl eingeladen, damit sie
über der Grenze wieder etwas zu lachen haben. Im europäi-
schen Theater will anscheinend das deutsche Parlament unbedin-
gung wieder den Danawurf spielen, der bekanntlich den farbigen
Ritter hat. Der Drang nach Berlin ist unabweislich; die
Teilnahme an den bekannten Vorkontrollrat und Vorkontrollrat
anscheinend doch ein verstabiles Vergnügen. Alle Vereine und
Vereine mit großartigen und schonen Vorhaben wollen
im Reichstag vertreten sein; es fehlen nur noch die Ring-
kämpfer, Karastelbesten, Gewohnheitskämpfer und Wilderer.
Wieder tapferer Reichstagswähler, nimm deinen größten Wohl-
befehl und lege einmal kräftig über die kleinen Köpfe und großen
Mäuler, daß die Karre der deutschen Wahlkommission nicht
ein Ende nimmt.

(Wetterbericht.) Vom Norden dringt Hochdruck gegen
Süden vor, während gleichzeitig im Westen eine neue starke
Depression aufgezogen ist. Für Sonntag und Montag ist zwar
vorwiegend trockenes, aber vielfach bedecktes und nur mäßig
kaltes Wetter zu erwarten.

Calmbach, 4. Dez. (Eingefandt.) Im gewöhnlichen Leben
ist es oft so, daß sich die Kleinen am meisten freuen machen.
Namentlich ist es auch im Wahlkampf. Wenn wir u. a. die
Reden der Demokraten hören und ihre Flugblätter lesen, so
könnte man wunderwas meinen, was das für eine große und
leistungsfähige Partei sei. Nach ihren Worten hat sie in sich
alles gefaßt. Sie habe uns aus der Revolution, aus der
Inflation herausgerettet. Dabei zählte sie im letzten Reichstag
unter 472 Abgeordneten nur deren 27. Am meisten betont die
Demokratie die Geradlinigkeit ihrer Politik. Nun kam es im
Reichstag mehrmals vor, daß bei wichtigen Beschlüssen die eine
Hälfte der Partei für das Geseh, die andere gegen dasselbe
stimmte, ja sogar einmal ein Drittel für, ein Drittel gegen das-
selbe stimmte und ein Drittel sich der Stimme enthielt. Sehr
geradlinig! Geradlinig ist die Partei allerdings in der Er-
füllungspolitik, durch welche das internationale Großkapital
reiche Geschäfte macht. Weil nun das Volk diese Politik durch-
schaut, muß die demokratische Partei ihre Zukunft zu Ver-
breitungen und Entstellungen nehmen. Täglich behrt sie die
Lehrer gegen die „Bürgerpartei“ auf, indem sie schrieb, der
Abgeordnete Wiber habe in Urach gesagt: „Erzberger als Leh-
rer habe für die Politik ebensowenig Eigenschaften besitzen
wie für das Schuhmadergewerbe“. Das sei ein fantastischer



ins Gesicht der ganzen Lehrerschaft! Wider aber führte nur als Beispiel an, ein Lehrer werde keine Schuhe machen wollen und können, und ein Schuhmacher werde sich nicht anmaßen, lehren zu können. Die leitherigen Regierungen haben aber viele Beamte eingestellt, denen die Kenntnisse fehlen.

Waldbad, 29. Nov. Am nächsten Samstag und Sonntag, den 6. und 7. Dezember, findet in der erweiterten und neu renovierten Festhalle in Waldbad eine Gau-Geflügel- und Kaninchen-Ausstellung, verbunden mit einer Tier- und Gabenverlosung statt. Als Verlosungsware haben, nebst einem reichen Gabentisch, 120 Tiere zur Verfügung: Hühner, Gänse, Tauben, Enten, Hühner und Kaninchen. Ohne der offiziellen Einweihung der Festhalle vorzugreifen, hat der Geflügel- und Kaninchen-Verein Waldbad keine Kosten gescheut, um aus Anlaß der ersten Veranstaltung nach der Vergrößerung und Renovierung der Fest- und Turnhalle, dieselbe festlich zu dekorieren. Der Eintrittspreis ist sehr niedriger als sonst, sodass es jedem Tierfreund möglich ist, die viele uneigenennütige Arbeit der Aussteller mit einem Besuche zu erfrischen. Die ausgestellten Tiere, die sich aus dem ganzen Oberamtsbezirk Neuenbürg zusammensuchen, werden den Beweis leisten, daß trotz der Kriegswirren und Futternot, die Bezirksvereine der Geflügel- und Kaninchenzüchter, nicht nur die bestehenden Rassen über die Not durchgehalten, sondern durch Einführung neuer Rassen, besonders der Dühnerassen, vergrößert haben. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß unsere Bestrebungen in der Zucht der Kleintierzucht liegen, unsere Devise ist: Durch Fleiß und Fleiß zur Leistungszucht. Es ist natürlich nachgewiesen, daß speziell die Geflügelzucht in Deutschland, im Vergleich zu anderen Ländern auf einer niedrigeren Stufe steht. Während England und Frankreich eine Durchschnittserzeugung von 90 bis 100 Eier pro Huhn erreichen, beträgt die Durchschnittserzeugung in Deutschland kaum 65 pro Huhn. Nachgewiesen ist, daß die meisten der nur allzuoft verkauften Dühnerassen ihr Futter nicht verdienen, deshalb fort mit ihnen. Kommt in die Ausstellung und seht was für eine Rasse ihr in Zukunft wählen wollt. Die Vorkände, dies als ein Ideal betrachtend, werden auch bei der Zuchtwahl an die Hand geben. Denn ob ich bei demselben Futterverbrauch, anstatt 65 Eier, 100 bekomme, ist ein großer Unterschied, der nicht nur den einzelnen betrifft, sondern um der herrschenden Eierpreise zu dämmen ein großer Nachschub werden kann, dadurch, daß wir endlich es in Deutschland soweit bringen, daß wir unsern Bedarf an Eiern, ähnlich wie England und Frankreich selbst decken. Die Eierzucht vor dem Kriege betrug 200 Millionen Goldmark pro Jahr, wenn wir bedenken, daß die Einfuhr an Eiern weit weniger betrug und die Einfuhr von Rohgütern nicht mal 100 Millionen, so sehen wir, welcher Wirtschaftsfaktor die Geflügelzucht werden kann, vorausgesetzt, daß sie rationell betrieben wird. Hier mitzumachen haben sich die Geflügel- und Kaninchenvereine zur Aufgabe gemacht, die Kleintierhalter in Form von Vorträgen und Ausstellungen aufzuklären, dies als ein Glied in der Kette, die zum Aufstieg unseres verarmten deutschen Vaterlandes führen muß.

Neueste Nachrichten

Stuttgart, 5. Dez. Der Abg. Gauß hat folgende kleine Anfrage gestellt: Durch die Mähernte ist die weinbaureiche Bevölkerung des württembergischen Unterlandes in große Not geraten. Dazu kommt, daß die produzierten Weine nicht abgesetzt werden können. Ist das Staatsministerium bereit, Kreditlinie mit mäßigen Zinsen, Steuererlassung oder gegebenenfalls Steuernachlaß zu gewähren?

Stuttgart, 5. Dez. Finanzminister Dr. Dehlinger hat dem württembergischen Beamtenbund auf Anfrage mitgeteilt, daß die württembergische Gefandtschaft in Berlin angewiesen worden sei, bei der demnächstigen Beratung der Tag- und Uebernahmungsgelei der Beamten bei Dienstreisen im Reichsfinanzministerium für deren Erhöhung einzutreten.

Stuttgart, 5. Dez. Eine Abordnung des Gesamtbeamtenbunds hatte dieser Tage eine Besprechung mit dem Staatspräsidenten Baillie, aus der folgendes mitgeteilt wird: Der Personalabbau ist beendet. Die Entlassungen, die nach Aussehen und erst nach Erledigung des Staats vollzogen werden können, werden auf 1. Oktober rückwirkend gemacht werden. In dem neu zu bearbeitenden Beamtengelei wird eine Bestimmung aufgenommen werden, durch die die außerplanmäßigen Beamten gegen sofortige Kündigung geschützt werden. Außerdem wird ein besseres zahlenmäßiges Verhältnis der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten geschaffen werden. Wenn die finanziellen Verhältnisse sich in der Weise, wie in letzter Zeit, günstig weiter entwickeln, so wird es möglich sein, die Beamtengehälter so zu gestalten, daß die Beamten zufrieden sein können.

Stuttgart, 5. Dez. Von dem Büro der Deutschen demokratischen Partei wird mitgeteilt: In der in amtlicher Aufmachung verbreiteten Aeußerung des kürzlichen Staatspräsidenten „Der Staatspräsident und die Demokratie“ nimmt die Leitung der Deutschen demokratischen Partei in folgender Erklärung Stellung: In keiner parteiamtlichen Aeußerung und in keinem einzigen Flugblatt der Deutschen demokratischen Partei ist irgend eine der von Staatspräsident Baillie der Deutschen demokratischen Partei zugeschriebenen Aeußerung enthalten. Die Deutsche demokratische Partei hat trotz unerbittlicher Angriffe von rechts den ganzen Wahlkampf mit größter Ruhe und Sachlichkeit geführt und vernachlässigt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Behauptungen des Staatspräsidenten Baillie. Sie spricht gleichzeitig ihr Entsetzen darüber aus, daß das Staatsministerium als solches, wie aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 5. Dezember hervorgeht, in den Wahlkampf eingreift und zu Gunsten eines deutschnationalen Bewerberpaars um einen Reichstagsplatz in einseitiger Weise Stellung nimmt. Die demokratische Partei vertraut auf das gesunde Empfinden des württembergischen Volkes, daß es mit Recht eine derartige einseitige Wahlbeeinflussung auf das entschiedenste zurückweisen wird.

Berlin, 6. Dez. Das Schurgericht in Trier verurteilte den württembergischen Rittmeister Nikolaus Schmidt und die 30jährige Ehefrau Dax zum Tode, weil sie im Herbst 1922 gemeinschaftlich den Arbeiter Dax vorläufig und mit Ueberlegung getötet haben.

Berlin, 6. Dez. Der neue Reichstag tritt ipäetend am 5. Januar zusammen. — Bei den Vorkämpfen im Sportplatz wurde der Engländer Frank Goddard von Hans Breitensträter im 10-Rundenkampf nach Punkten geschlagen. Goddard zeigt schlechte Form. Er mußte in der ersten Runde viermal, in der zweiten Runde einmal zu Boden. — Zwei Verkünderinnen der Jünger-Expedition in Buenos Aires sind am 4. Dezember nach Ueberfliegung der Anden in Sanft Diego de Chile gelandet. Dieser 120 Kilometer lange Flug vom atlantischen Ozean bis zum Stillen Ozean ist die erste Ueberwindung der Anden ohne ihrer höchsten Erhebung.

Miel, 5. Dez. Die hiesige Kriminalpolizei hat in einem hiesigen Ortort eine Holzkammerwerkstätte ausgedehnt und die beteiligten Fällhler verhaftet. Die Fällhler haben hauptsächlich 3-Markstücke und fünfzig Pfennigstücke angefertigt. Die letzteren sollen bereits seit Frühjahr dieses Jahres im Verkehr sein.

Hirsch, 5. Dez. Die höheren Berglagen dieses Jahres der Alpenkette haben seit 24 Stunden die erste gute Schneedecke erhalten. Bei 1000 Meter und höher erreichte der Schnee zehn bis zwanzig

zig Zentimeter Höhe. Davon meldet eine Schneedecke von zwölf Zentimeter Höhe, Vilatus 25-30 und der Gottardt 80 Zentimeter.

Bern, 5. Dez. Die Vereinigung schweizerischer Republikaner richtete einen offenen Brief an die Mitglieder der Bundesversammlung, worin erneut die schärfsten Maßnahmen gegen eine Ueberfremdung verlangt werden.

Rom, 5. Dez. Der Senat nahm eine Tagesordnung Mazzini mit 206 gegen 54 Stimmen an, die die Innenpolitik der Regierung billigt. Die Regierung hatte die Verroaufrage gestellt, 35 Senatoren enthielten sich der Abstimmung.

Paris, 5. Dez. Der „Temps“ meldet aus Cannes in der Bretagne: Auf Anordnung des Ministers des Innern hat der Präfekt des Departements Finistere gestern den Bürgermeister von Douarnenez vom Dienst suspendiert. Die Suspendierung erfolgte, weil der kommunistische Bürgermeister sich an die Spitze der freirechtlichen Sardinischen und Fabrikarbeiter stellte. — Der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin hat über diese Angelegenheit eine Interpellation in der Kammer eingebracht.

London, 5. Dez. Eine Pariser Erchange-Redaktion besagt, daß auf der Pariser Konferenz zwischen Chamberlain und Derriot auch die Frage der Räumung der Kölner Zone erörtert wurde.

London, 5. Dez. In dem Kohlenbergwerk von Eberham in Nordwales wurden heute früh neun Bergleute durch stürzende Wetter getötet.

Kairo, 6. Dez. Das Kriegsgericht verurteilte vier an dem Aufstand des sudanesischen Patallions in Khartoum beteiligte Offiziere zum Tode. Drei wurden bereits gestern erschossen. Ein Todesurteil wurde in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt.

Paris, 5. Dez. Aus Malta ist hier ein Patallion Gendarmen eingetroffen.

Washington, 5. Dez. Von amtlicher amerikanischer Seite wird gegenüber den Londoner Meldungen festgestellt, daß das englisch-amerikanische Schuldenabkommen als endgültig anzusehen sei.

Zum Gaiger Mordmord.

Frankfurt a. M., 5. Dez. Die der Frankfurter General-Anzeiger“ erzählt, heilen die Wunden Angerheims gut. Er ist jetzt in der chirurgischen Klinik in Wiesbaden und wird nach seiner Wiederherstellung in das Landesgerichtsgefängnis in Lumburg überführt werden, wo er sich auch vor dem Schurgericht vor verantworten haben wird. Der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter sind in Wiesbaden eingetroffen, um Angerheim zu vernehmen. Dies wird diesmal ausführlicher geschehen können, da sich sein Zustand wesentlich gebessert hat.

Siegen, 5. Dez. Heute nachmittag fand in Gaiger unter ungebührlicher Beteiligung die Beerdigung der Angerheim'schen Witwe statt. Die aus Niederhelsdorf h. v. Mollenburg stammenden Witwe waren bereits in ihre Heimaterie übergeführt worden, sodass in Gaiger selbst nur sechs der Ermordeten die letzte Ruhe fanden. Die Leiche der 17-jährigen Schwägerin Angerheims wurde morgens auf neue Beisetzungsstelle und erst freigegeben, als die übrigen Leichen sich bereits auf dem Friedhof befanden. Sie wurde auf dem Friedhof nachgebracht. Den Sargen folgten die Angehörigen der Toten, die Behörden, sämtliche Vereine mit Frauen und eine riesige Menschenmenge. Am Grab hielten evangelische und katholische Geistliche Anreden.

Proszj Gaormann.

Hannover, 5. Dez. Der zweite Verhandlungstag begann mit der weiteren Vernehmung Gaormanns über die Verwendung der Kleider seiner Witwe, die Fortschaffung der Leichenteile und über seine Verhaftung, sowie des Angeklagten Grans über sein Zulammenleben mit Gaormann. Grans erklärte, sein Doormann viele Vorteile gehabt zu haben. Es sei aber nicht richtig, daß er von dessen Geld gelebt habe. Es sei ein rein freundschaftliches Verhältnis gewesen. Grans stellte seine Erwerbstätigkeit als vollkommen rechtmäßig dar, wogegen allerdings festgestellt wird, daß der Rodweis seiner Arbeitszeit sehr gering war. Während Gaormann wiederholt erklärte, von Grans bestohlen worden zu sein, bestritt dies Grans aufs entschiedenste. Die allgemeine Vernehmung der Angeklagten wurde mit der Feststellung beendet, daß Gaormann nur in wenigen Fällen und zwar von sich aus, um sich Geld zu verdienen, vor Polizei Mitteilungen über ihn bekannt gewordene Straftaten gemacht habe, von der Polizei aber keine Entlohnung dafür erhalten habe. Es begann sodann die Vernehmung Gaormanns über die 27 Einzelhülle, zunächst über die Tötung des Fritz Rode, wobei die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen wird. An die Einzelheiten dieses Falles kann er sich nicht vollständig erinnern. Er schildert im allgemeinen die Art des homosexuellen Verkehrs, der nur in seltenen Fällen zu einem tödlichen Miß in die Reibung geführt habe. Er habe sich infolge dieses Mißgangs getränkt, junge Leute in seine Wohnung mitzunehmen. Diese hätten jedoch alle Mittel angewandt, um ihn umzustimmen. Bei dem folgenden Falle des Lehrlings Fritz Franke aus Berlin wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Grans bestritt, was Gaormann über seine Kenntnisse von seinen Straftaten erzählte. Darauf erklärte Gaormann, Wilkowski und Grans hätten den Henke ermordet. Wilkowski sei deshalb ebenfalls zu verhaften. Grans bestritt dies entschieden. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung gibt Gaormann auch die Tötung des Richard Graf, des Wilhelm Erdner und des dreizehnjährigen Heinz Brinkmann zu, bestritt aber die des Herrn. Wolff. Gaormann erklärt: „Die Annahme, ich hätte 30 umgebracht, will ich gern auf meine Kappe nehmen, aber man soll mich nicht dafür verantwortlich machen, was ich nicht getan habe.“ Um drei Uhr wird die Verhandlung auf Samstag vormittag neun Uhr vertagt.

Kommunistische Wahlpläne.

Wie eine Berliner Nachrichtenstelle meldet, planen die Kommunisten für die Nacht vor den Wahlen einen systematischen Anschlag auf die Klatschfäden. Der Rote Frontkämpferbund Berlin und der Rote Jungklub haben die Klatsch erhalten, in der Nacht vom Samstag zum Sonntag von allen Säulen und anderen Anschlagstellen die Wahlplakate und Transparente der Gegner zu beseitigen und durch Plakate der K.P.D. zu ersetzen. Die Kolonnen sollen abwarten, bis die Gegenpartei mit ihren Anschlägen fertig sind und deshalb erst in den frühen Morgenstunden vorgehen. Es soll den Gegnern die Möglichkeit genommen werden, den angerichteten Schaden noch in allerletzter Stunde wieder gut zu machen. Wo nicht alle gegnerischen Plakate beseitigt werden können, sollen sie wenigstens mit denen der K.P.D. überklebt werden. Daneben sollen auch die Bürgerheide und die Hausgänge mit kurzen Aufforderungen zur Wahl von Kommunisten versehen werden. Natürlich in roter Farbe.

Eine wackerer Schneidm.

Nach der Uebergabe der Regiebahnen an die Deutsche Reichsbahn lehrte Frau Baronin Vinder, nachdem sie 20 Monate im Ruhrgebiet für die Verarmten der Armen überaus segensreich tätig war, in ihre schwebische Heimat zurück. Vor allem galt ihre Sorge den Weisenbüchern und Kinderheimen. Weiterhin unterrichtete sie im besetzten Gebiet Mädchen für Kriegshinterbliebene. Sie nahm sich ferner der Mittelstandslose erfolgreich an und brachte im besonderen den politischen Gefangenen Hilfe und Unterstützung. Bei schweren Strafmahnahmen trat Baronin Vinder persönlich bei den französischen Beauftragten für die deutschen Verurteilten ein. Endlich machte sie sich nützlich den Ausländern, die das Ruhrgebiet besaßen, Mittelung über die wahren Verhältnisse und die Not, die durch die wider-

rechtliche Besetzung hervorgerufen wurde. Der Dank der Bevölkerung des Ruhrgebietes und der Dank des deutschen Volkes gilt der tapferen und gütigen Schneidm., der Schneidm. und dem schwebischen Heimatlande der Baronin Vinder.

Deutsche Völkerbunds-Kontrolle unter französischer Leitung?

Paris, 5. Dez. Die englische Regierung hat der französischen mitgeteilt, sie werde dafür eintreten, daß der Völkerbund vorgegebene Ausschuss zur Ueberwachung der deutschen Rüstungen von einem Franzosen geleitet wird. — Wer von dem Sozialisten Paul Boncour, dem französischen Delegierten beim Völkerbund, geleitete Oberste Rat für die nationale Verteidigung hat auf Ersuchen Derriot's heute vormittag eine Sitzung abgehalten, um zu dem Entwurf des Völkerbunds über die Durchführung der Ueberwachung der deutschen Rüstungen Stellung zu nehmen. Derriot hatte den Wunsch, die Auffassung dieses Ausschusses vor seiner Unterhaltung mit Chamberlain kennen zu lernen.

Die Gehälter der Reparationsangelegten.

Die Reparationskommission hat am 28. November die Gehälter der mit der Ausführung des Sachverständigenberichts in Deutschland beauftragten Persönlichkeiten festgelegt. Der Generalagent für die Reparationszahlungen besteht ein Jahresgehalt von 120 000 Goldmark, der Eisenbahnkommissar 105 000 Goldmark, der Reichsbankkommissar 95 000, die anderen Kommissare je 80 000 Goldmark. Das Jahresgehalt der Treuhänder beträgt 75 000 Goldmark. Die Mitglieder des Uebertragungs-ausschusses, die nur einmal im Monat zusammentreten, beziehen eine feste Monatsentschädigung von je 1500 Goldmark neben den Reisekosten. Es handelt sich hierbei wohlgeachtet nur um Gehälter der Angehörigen der Entente, nicht etwa um die deutschen Direktoren und Beamten von Reichsbahn und Reichsbank.

Verwilderung.

Der große Tag steht vor der Tür, Der Tag der kritischen 7. An dem es gilt, zu Deutschlands Heil, Sein Wahlrecht auszuüben! Zur Wahl! Zur Wahl! — so mahnen rings die Werber und Blätter: Nicht durch die Wahl gewissenhaft dem Volke und dem Staate! „Der Staat bin ich!“ — So prahlte einst, Ein Holzer weicher König; „Der Staat bin ich!“ — kann rufen jetzt Das Volk millionenföng; Denn jeder Wähler nimmt nun teil An der politischen Führung: Der Stimmzettel schafft Einfluß ihm Auf Reichstag und Regierung. Sein Schicksal schafft sich selbst das Volk, Drum gilt es sich zu wählen, Und Schimpf und Schande wär' es gar, Beim Wahlakt ganz zu fehlen! Volljährig müssen diesmal Derbei die Wählerstaren! Bist altersschwach da oder krank? Daß dich zur Urne föhren! Ein Tropf, der seine Pflicht nicht tun! Er darf nicht scheitern, Fragen, Wird schlecht regiert und gibt es dann Kein neue Rot und Blagen! Wer trägt und gewissenlos Nicht mitbist an dem Verle, Vermeht durch seine Lässigkeit, Der Gegner Recht und Stärke. Zur Wahl! Zur Wahl! Derbei! Derbei, Ihr Männer und Ihr Frauen! Wählt jene Kandidaten aus, Auf die ihr fest könnt bauen, Daß sie auch nach vollzogener Wahl Im Eiser nicht erschaffen und pflichtgetreu, Besonnen, Flug, Im Volkstrot tüchtig schaffen!

Der heutigen Nummer liegt je ein Wahlzettel der Deutschnationalen Volkspartei (Wirt., Bürgerpartei), der Deutschen Volkspartei sowie ein Lotterieticket der bekannten Lotteriefirma J. Schweizer, Stuttgart, bei, worauf wir hiermit hinweisen.

Bekanntmachung betr. Reichstagswahl.

Es besteht Veranlassung, auch vom Oberamt nachmals auf folgendes hinzuweisen:

1. Eine amtliche Verlesung der Reichstagsstimmzettel für die Reichstagswahl an die einzelnen Stimmberechtigten findet nicht statt. Es wäre auch unzulässig, die amtlichen Stimmzettel an die Parteien auszugeben zwecks Verteilung an die Wähler. Die Parteien dürfen auch keine eigenen Stimmzettel drucken und verteilen lassen; derartige Stimmzettel wären bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses als ungültig zu behandeln.

Der Wähler erhält den Stimmzettel erst beim Betreten des Abstimmungsraumes. Er hat sich alsdann in den Nebenraum oder den Wahlverschlag zu begeben, dort den Stimmzettel zu kennzeichnen (anzukreuzen) und sodann den so hergerichteten Stimmzettel in den amtlichen Wahlstandschlag zu legen. Hernach tritt der Wähler an den Vorstandstisch und übergibt dort unter Nennung seines Namens den Wahlstandschlag mit dem Stimmzettel darin dem Wahlvernehmer, der ihn ungeöffnet in die Stimmurne legt.

Die Kennzeichnung (Ausfüllung) der Stimmzettel hat also im Abstimmungsraum (nicht außerhalb) zu geschehen, und der Wähler hat sich im unmittelbaren Anschluß daran an den Vorstandstisch zu begeben.

Die zur Aufsichtsführung berufenen Personen haben strengstens darüber zu wachen, daß die Stimmabgabe ordnungsmäßig vor sich geht und mit den Stimmzetteln kein Mißbrauch getrieben wird.

2. Die Abstimmungsvorsteher sind berechtigt und verpflichtet, die Personengleichheit eines Wählers mit der in der Stimmliste oder Stimmkartei eingetragenen Personen sowie die Echtheit eines Stimmzeichens zu prüfen und zu diesem Zweck die Vorlegung von Ausweisen zu verlangen, wenn in dieser Hinsicht Zweifel bestehen.

Neuenbürg, den 6. Dezember 1924.

Oberamt: Lempp.

Maul- und Klauenseuche.

Infolge Ausbruchs der Seuche in Weiler Bez. Amt Pforzheim fallen auch weiterhin die Gemeinden Arnbach, Birkenfeld, Conweiler, Feldbrennach und Pfinzweiler, Gräfenhausen und Oberhausen, Neuenbürg, Ober- und Unternebelbach, Ottenhausen und Schwann in den 15 km. Umkreis.

Der Handel mit Klauenvieh und die Abhaltung von Klauenviehmärkten in diesen Gemeinden ist verboten.

Auf die oberamtl. Bekanntmachung vom 21. 8. 24 (Engl. Nr. 196), wonach das von außerhalb Württemberg eingeführte Vieh (Wiederkäuer und Schweine) 5 bezw. 10 Tage unter polizeiliche Beobachtung zu stellen und zu diesem Zweck bei der Ortspolizeibehörde anzumelden ist, wird erneut hingewiesen.

Neuenbürg, den 5. Dez. 1924.

Oberamt: Amtmann Pedel.

3u
Wahl
bringen.
Stimmzettel
gegeben.
wählen, so
Sto
Aus de
wird nachts
gebracht:
15 Fr
holz; 5 Fr
Schrift
bis Monats
beim Stadt
nisse erteil
Nächste
den aus der
etwa 3
auf dem S
beim Bezirk
Nächste
Rathaus zu
aus Abt. 4
Den 6.
Zum n
in Calw
Die Mar
jember, mi
1. Aus
nicht
2. Für a
zeugn
nicht b
3. Vieh
zeugn
4. Alle
Aufst
den. P
platz
An- u
5. Person
nicht b
6. Vieh
vom L
7. Der
Nicht
widerhand
Calw,
Tref
Sonnt



de. Der Dank der Fe-
 dank des deutschen Volkes
 n, der Schwebenbille und
 om in Binde.

er französischer Zeitung?
 erung hat der französi-
 en, daß der vom Völker-
 ertochung der deutschen
 et wird. — Wer von dem
 östlichen Delegierten beim
 die nationale Verteidig-
 vormittag eine Sitzung
 Völkerverbund über die
 er deutschen Kustungen
 den Wunsch, die Aufhaf-
 erhaltung mit Chamber-

msangekreiten.
 n 28. November die Be-
 schlußverständigenberichts in
 ten festgelegt. Der Be-
 gen besteht ein Jahres-
 endbahnkommissar 105 000
 0 000, die anderen Kom-
 reisegehalt der Trennhänder
 er des Liebertragungs-
 zusammenzutreten, besche-
 e 1500 Goldmark neben
 ei wohlgenemer nur um
 nicht etwa um die deut-
 schbahn und Reichsbahn.

Der Tag der kritischen
 ill, sein Wahlrecht aus-
 so wahren rings Die
 Wahl gewissenhaft dem
 bin ich! — So präbte
 Staat bin ich! — kann
 ; Denn jeder Wähler
 rung: Der Stimmzettel
 und Regierung. Sein
 um gilt es flag zu wäh-
 es gar, beim Wahlakt
 en diesmal derbei die
 oder krank? Was dich
 e Pflicht nicht tun! Er
 ist registriert und gibt
 er trägt und gewissenlos
 et durch seine Unfähigkeit,
 Wahl! Zur Wahl!
 nd ihr Frauen! Wählt
 er könnt bauen, daß sie
 er nicht erschaffen und
 lldrat tüchtig schaffen!

ht je ein Wahlzettel
 irt. Bürgerpartei), der
 e-Projekt der bekann-
 t, bei, worauf wir hier-

Reichstagswahl.
 om Oberamt nochmals

sttagsstimmzettel
 en Stimmberechtigten
 zulässig, die amtlichen
 en zwecks Verteilung
 en auch keine eigenen
 en; derartige Stimm-
 Abstimmungsergebnisse

ngzettel erst beim Be-
 es. Er hat sich als
 hloverschlag zu begeben,
 (anzukreuzen) und so-
 gzettel in den amtlichen
 it der Wähler an den
 nter Nennung seines
 Stimmzettels darin dem
 die Stimmzettel legt.
) der Stimmzettel hat
 auferhalb) zu geben,
 ittelbaren Anschluß
 eben.
 enen Personen haben
 die Stimmabgabe ord-
 den Stimmzetteln kein

ind berechtigt und ver-
 eines Wählers mit der
 eingetragenen Personen
 eins zu prüfen und zu
 weisen zu verlangen,
 en.
 24.

Oberamt:
 Lempp.

enfeuche.
 n Weiler Bez. Amt
 e Gemeinden Arnbach,
 nd Pfinzweiler, Gräfen-
 g, Ober- und Unter-
 m in den 15 Am.

nd die Abhaltung von
 en ist verboten.
 om 21. 8. 24 (Engt. Nr.
 emberg eingeführte Vieh
 10 Tage unter voll-
 zu diesem Zweck bei
 t, wird erneut hinge-

Oberamt:
 Amtmann Decker.

Sag' es durch Blumen!



Werkstätte feiner Naturbindekunst

Inh. Karl Bacher

Höfen-Enz **Neuenbürg**

Fernruf 6. Frh. Wilhelm, Marktplatz.

Für Weihnachten

Körbchen, Waldsträuße und sonstige
Zusammenstellungen

in sinnemäßiger Verarbeitung.

Ständig reichliche Auswahl in jeder Preislage sowohl in Neuenbürg
wie in Höfen.

Verpackung und Versand nach auswärts in schnellster Eriedigung.
Zusicherung bester Ankunft. — Telefonische Bestellungen werden sofort ausgeführt.

Trauer-Kränze

in apartester Ausführung aus haltbarstem Material, speziell für Gedenk- u. Todestage.

Lasst Blumen sprechen!



Zur Abstimmung.

Wahlpostkarten und, soweit nötig, Beschriften mitbringen. Wahlzeit vormittags 9 bis abends 8 Uhr. Stimmzettel werden erst im Abstimmungslokal einzeln ausgegeben. Möglichst nicht erst in den letzten Stunden wählen, sondern in den ruhigeren Vormittagsstunden.

Stammholz-Verkauf.

Aus dem Stadtwald, Distrikt Weinsteige und Hagenberg wird nachstehendes Langholz — Scheitholz — zum Verkauf gebracht:

15 Fm. II., 46 Fm. III., 15 IV., 6 Fm. V. Kl. Langholz; 5 Fm. I., 12 Fm. II., und 4 Fm. III. Kl. Sägholz. Schriftliche Angebote in Prozenten der Lappreise wollen bis **Montag, den 15. Dezember 1924, abends 6 Uhr**, beim Stadtschultheißenamt abgegeben werden. Losverzeichnis erteilt auf Wunsch die Stadtpflege.

Christbäume.

Nächsten **Mittwoch, den 10. Dezember 1924** werden aus der Mich-Planzschule und den oberen Junkerdörfern etwa **350 Christbäume** von 1 Mtr. bis 2 1/2 Mtr. auf dem Stadteigenen, Zusammenkunft nachm. 1/8 Uhr beim Bezirkskrankenhaus.

Schlagraum.

Nächsten **Mittwoch abend 1/7 Uhr** kommen im Rathaus zur Versteigerung:
7 Lose Schlagraum, tannen,
 aus Abt. 4 Ob. Buchberg.
 Den 6. Dezember 1924. Stadtpflege Essich.

Stadtgemeinde Calw.

Zum nächsten



Krämer- (Weihnachtsmarkt), Pferde-, Vieh- und Schweine- Markt

in Calw am **10. Dezember 1924** ergeht Einladung. Die Marktstände für den Krämermarkt werden am **9. Dezember, mittags 1 Uhr**, versteigert.

- Vorschriften:**
1. Aus Speer- und Beobachtungsgebieten dürfen Tiere nicht zugeführt werden.
 2. Für alle zum Markt gebrachten Tiere sind Ursprungszugnisse beizubringen. Tiere, für die solche Zeugnisse nicht beigebracht werden, werden zurückgewiesen.
 3. Viehhändler haben amtlicherärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.
 4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Austritt durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung und außerhalb des Marktplatzes darf kein Handel, d. h. kein Feilbieten, kein An- und Verkauf von Tieren stattfinden.
 5. Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
 6. Viehhändler und Vieh aus dem Bezirk Pforzheim sind vom Markt ausgeschlossen.
 7. Der Markt beginnt um 1/8 Uhr. Nichteinhalten dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt gewiesen.
- Calw, den 5. Dezember 1924.
 Stadtschultheißenamt:
 Gähner.

Treffpunkt der Demokraten

Sonntag abend „Krone“.

Oberamt:
 Amtmann Decker.

Gemeinde Dittenshausen.

Wegen Ausführung von Wasserleitungsarbeiten sind vom **Montag, den 8. ds. Mts. an bis auf weiteres folgende Straßen, nämlich: 1. gegen Feldbrennack, die sog. rote Gasse vom Schloß bis zur Linde; 2. gegen Gräfenhausen, die Keltergasse für den Fahrwerksverkehr gesperrt.**

Den 3. Dezember 1924.

Dennach.

Die Gemeinde verkauft einen

Schuppen,

15,65 x 7,10 Meter Breiterveranschlag, Doppelüberhang-Dach. Schriftliche Angebote bis **Dienstag, den 9. ds. Mts., abends 7 Uhr**, erbeten.

Den 4. Dezember 1923. Schultheißenamt.
 Neuenbürg.

Regenschirme

empfiehlt in schöner Auswahl

Albert Weik, Drechsler.

<p>Unterlengenhardt. Eine junge</p>  <p>Ruh</p> <p>mit dem 3. Kalb hat zu verkaufen Fried. Köppler d. Ober.</p>	<p>Birkenfeld. Eine gute</p>  <p>Ruh- und Fahrkuh</p> <p>36 Wochen trächtig, mit 3. Kalb zu verkaufen. Hauptstraße 120.</p>
--	---

Schwann.

Weihnachts-Verkauf:

Zefirhemden, Tricothemden mit und ohne Einsatz, Unterjacken u. -Hosen, Herren- und Damen-Nachthemden, Gamaschen, Stutzen, Strümpfe und Socken, Handschuhe, Taschentücher.

Handtücher, abgepasst und am Stück, Frottiertücher, fertige Kissen und Haipfel, Tischtücher, Tee-Gedecke.

Fritz Wurster, Calmbach.

An den drei Sonntagen vor Weihnachten ist mein Geschäft von 11 bis 6 Uhr geöffnet.

Oberhausen, 5. Dezember 1924.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treu-
 besorgter Vater und Großvater
Wilhelm Becht, früherer Polizeidiener,
 im Alter von 64 Jahren sanft in dem Herrn
 entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
 Die Gattin: **Elisabeth Becht**, geb. Schenkel.
August Neuker mit Frau.
Wilhelm Becht, Schneider, mit Frau.
 Beerdigung: Montag nachmittag 1/3 Uhr.

Höfen.

Empfehle mein großes Lager in

Haus-Standuhren, modernen Pendeluhr, Regulateuren, Wecker, Kuckucksuhren, Taschen- Uhren usw.

**W. Knöllner, Uhrmacher,
Nähmaschinen- und Fahrradhandlung.**



Schwann.

Eine ältere trächtige



Ruh
zu verkaufen
Frederike Ochs, Witwe.

Günstiges Möbelangebot!!

Ein dreitlg., 1,85 Mtr. br.
 Küchenbüffel mit Bejen- und
 Teckerschrant, 1 Tisch, 1 Hoder
 und 2 Stühle, alles zu, nur
 140 Mark bei Barzahlung,
 1 schönes nußbaum poliertes
 Büffel, 105 Mark, 1 schöner
 nußbaum pol. Schreibeisch,
 65 Mark, 1 Klappstuhl, rot,
 feisch aufgearbeitet, 55 Mark,
 1 gebt. Sofa, 25 M. rich. u. pol.
 Bettstellen, verschied. andere
 billigst.

**Schüttle, Pforzheim,
Dillsteinerstraße 18, Tel. 2165.**

Bestellungen auf

Stempel

jeder Art nimmt entgegen
E. Nech'sche Buchhandlung.



Das rote Panama.

Die Korruption in der Erwerbslosenfürsorge.

Mit Ausbruch des Krieges angeht die Zunahme der Zahl der Erwerbslosen in Deutschland die Reichsregierung sich genötigt sah, 200.000 Mark für Unterstützungswecke auszurufen und zur Durchführung der Fürsorgeaktion die Gewerkschaften heranzog, begannen diese bereits zu mangeln, indem sie falsche Ausweise anstellten. Mit dieser erbaulichen Feststellung beginnt der ehemalige Reichskontrolleur und Ministerialreferent Rapp, 26 Jahre hindurch Mitglied der Sozialdemokratie und seit Jahrzehnten leitender Gewerkschaftsbeamter, eine gegenwärtig in der „Berghisch-Märkischen Zeitung“, Elberfeld, der „Westfälischen Landeszeitung“, Münster, und der „Rheinischen Tageszeitung“, Köln, zur Veröffentlichung gelangende Uebersicht über die Entwicklung und den Umfang der geradezu himmelschreienden Korruption, die in der Erwerbslosenfürsorge eingetreten ist mit dem ersten Tage, an dem die freien Gewerkschaften auf diese entscheidenden Einfluß gewannen, und die — besonders seit Errichtung der gewerkschaftlichen Nebenregierung in Deutschland — längst zum öffentlichen Skandal hätte führen müssen, wenn nicht von interessierter Seite alles getan worden wäre, alle Möglichkeiten des Einflusses in ihr finstere Treiben zu vereiteln.

Man aber spricht einer der ehemals Irigen selbst, ein Mann, der ein Menschenalter dem Dienst des Sozialismus und der Gewerkschaften gewidmet hat, schließlich aber doch nicht die Gewissenhaftigkeit anzubringen vermochte, der systematischen Ausplünderung des Volksgutes zugunsten einer zur Arbeitsscheu erzeugten Masse und ihrer — von der Versorgung des Vermittler der Armen lebenden „Hühner“ länger schweigend zuzusehen. Und wenn irgend jemand, so ist Rapp der Mann, der der Öffentlichkeit reflexlos haren Weis einzuwenden; hat er doch nahezu vier Jahre vergeblich den Kampf gegen den Mißbrauch der Erwerbslosenfürsorge geführt — und zwar mit einem Nachdruck geführt, daß nicht nur gelegentlich ein besonders forumpierter Bezirk auf terroristisches Betreiben der Schuldschuldigen hin seiner Kontrolle entzogen, sondern schließlich er selbst seines Postens enthoben wurde, weil sein Drängen auf endliche Einführung einer anständigen, von jedem Parteilinien gelbten Befähigungsbekämpfung den maßgebenden Genossen einfach nicht in den Kram paßte!

In dessen macht Rapp seine Enthüllungen — man darf diesen Ausdruck hier wirklich einmal anwenden — nicht aus der bloßen Erinnerung heraus, zieht seine Schlussfolgerungen nicht gefühlsmäßig. Auf umfangreichem Aktenmaterial vielmehr fußen seine Darlegungen — und dieses Material befindet sich im Besitze der „Berghisch-Märkischen Zeitung“, die anständig, das selbe in vollem Umfange zu veröffentlichen, falls von den durch die erwähnten Veröffentlichungen allerdings in schwerster Form bloßgestellten Schuldschuldigen verläßt werden sollte, die Wahrheit des Mitgeteilten in Zweifel zu stellen.

Schon die gegebenen Andeutungen aus diesem Aktenmaterial aber legen einen Sumpf offen, sieben die verhängende Tragödie des Schicksals von der „Fürsorge für die Vermittler der Armen“, von dem Marask der Korruption und des Volksbetruges, der seit der „glorreichen Revolution“ aus allen Ecken Deutschlands zum Himmel fliegt. Es ist natürlich hier nur möglich, mit Stichworten den Umfang und die Tiefe dieses Maraskes anzudeuten; aber schon diese sind ohne Zweifel geeignet, der Öffentlichkeit einen Ueberblick zu geben, der sie mit hellem Jorne erfüllen wird über die Gewissenlosigkeit, mit der hier mit dem Volkvermögen und der Volksmoral Schindluder getrieben worden ist — mit Scham aber auch über die eigene Stumpfheit und Schlafmüdigkeit, die allein dieses Treiben Jahre um Jahre ermöglicht hat!

Man sich liegt nichts als eine Bervollständigung des Bildes der „deutschen“ Revolution darin, wenn festgehalten wird, daß mit dem Beginn der Sozialistenherrschaft in Deutschland auch der Zeitpunkt zusammenfällt, zu dem aus der bisherigen bloßen Lohndirtschaft mit gelegentlichem Schmutz ein regelrechtes

System betrügerischer Ausbeutung der öffentlichen Kassen wurde. Damit daß Arbeiter- und Soldatenräte ihre „Behälter“ aus den Fonds der Erwerbslosenfürsorge bezogen, sang es an; und als man erst einmal sah hatte, daß hier so gut wie völlig unkontrollierte Gelder zur Verfügung standen, gab es kein Halten mehr für all und jeden, der nur irgendwie in Greifnähe des quellenden Segens zu gelangen vermochte! Der neuen „Regierung“ gegenüber war es den Gewerkschaften natürlich keine Schwierigkeit, den ganzen Fürsorgeapparat in ihre Regie hinüberzugeben; alsbald bevölkerten sich denn auch Zahl-, Kontroll- und Arbeitsnachweisstellen mit den „verdienten“ Genossen und Gewerkschaftsbeamten, daß es eine wahre Freude war — das heißt: für die, die es nun endlich „geschafft“ hatten!

Und nun ging der große Reibach los! In Berlin zumal schloß die Erwerbslosenämter ins Ungedulde, weil einmal die Unterhaltungen so plündernd bemessen und so ohne jede Rücksicht nach etwaigem Nebenverdienst ausbezahlt wurden, daß sich zu gewissen Zeiten der Erwerbslose besser stand als der Arbeitende, und weil zum andern der „gute Genosse“ kaum ernstliche Kontrolle zu befürchten hatte; mochte er sonnte — wegen anderweitiger Beschäftigung — der zweitägige fällige Stempel nicht eingeholt werden, so drückte ihn schon der gefällige Kassierer nachträglich beim Geldabholen auf die Karte. Nur die „Anorganisierten“ hatten es nicht so leicht; für sie galt Warteszeit und Kontrolle, und wollten sie Arbeit vermittelt haben, so wurde ihnen anheimgestellt, erst einmal dem roten Verband beizutreten. Ueberhaupt war die Fürsorge ein gutes Mittel zum Müßiggang. Der deutsche Metallarbeiterverband bzw. dessen Arbeitsnachweis führte noch 1920 — also zwei Jahre nach Kriegsende — „Grenatendrehmaschinen“ in seinen Listen, für die es natürlich keine Arbeit gab; hätte man diese Frauen und Mädchen in anderweitige — etwa hausdienliche — Tätigkeit vermittelt, so hätte man sie als Verbandmitglieder verlieren müssen! Nicht besser war es in anderen Branchen. Bauarbeiter fehlten am Arbeitsmarkt, weil sie in der Metallindustrie arbeiteten, und Metallarbeiter gingen stempeln. In einem Tage konnten von rund 65.000 Erwerbslosen nur rund 500 in Arbeit gebracht werden — dabei waren rund 1600 offene Stellen gemeldet!

Aber die „Beamten“ der Zahl- und Nachweisstellen hatten eben gar kein Interesse an der Verminderung der Arbeitslosenämter; es sind Fälle nachweisbar, in denen die Arbeitsvermittlung regelrecht sabotiert wurde, um die eigene Daseinsnotwendigkeit beweisen zu können. Trotzdem gelang das nicht immer, und so ist teilweise das Mißverhältnis zwischen der Zahl der „Beamten“ und der Unterhalten geradezu grotesk geworden; der Verfasser führte u. a. Fälle an, in denen auf je 7 Unterhaltete ein „Beamter“

kam! Diese letzteren liehen sich natürlich nichts abgeben; „dienliche“ Autofahrer zu privaten Zwecken, „dienliche“ Pagen zu eigenem Genusse, eine Stadträtliche „Haushalterin“ auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge und schließlich ein schwindelhafter Umsatz an Freifahrtsscheinen für Unterstützungsempfänger (stellenweise bis zu 25 Stück pro Kopf und Monat!) bilden pläntliche Illustrationen der Kapuzenbesessenheiten. Man kann sich leicht vorstellen, wie unter diesen Umständen das Konto „Verwaltungslohn“ ansah; ganz abgesehen davon, daß sich die Gewerkschaften eine zuletzt 3 v. H. betragende „Umsatzprovision“ für ihre „Wohlfahrt“ zahlen ließen! Desgleichen wird es niemand wundernehmen, daß schließlich auch die Kommunen — erst die rot regierten, dann nach und nach viele andere — dazu übergingen, sich an dem großen Meilen zu beteiligen; und wenn man die vom Verfasser mitgeteilten Höfchen der von ihm bei Revisionen beanstandeten Beträge liest, so steigen einem — selbst noch bei Umrechnung in Goldmark — die Haare zu Berge ob des geradezu erschütternden Umfangs dieses größten Betrugsgewinns, der wohl je gegen die Taschen eines Volkes unternommen worden ist!

Wohin es führt, wenn die linken Parteien die Macht in Händen haben, zeigt der obige, der „Süddeutschen Zeitung“ vom 4. Dezember 1924 entnommene Artikel.

Darum wähle:

2 Deutschnationale Volkspartei 2 (Württ. Bürgerpartei.)

Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver

Liefert blendend weiße Wäsche mit dem frischen Duft der Rasenbleiche



Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Fussball-Verein Neuenbürg, e. V.

Verein für Ballsport und Geselligkeit.

Weihnachts-Feier betr.

Zur Vervollständigung unseres Programms haben wir die bereits bekannte Theater- und Varietés-Bereinigung „Mascottchen“, Pforzheim verpflichtet.

Der Vorstand.

Turnverein Schwann.

Einladung.

Zu unserer am Sonntag, den 7. d. M. stattfindenden

Abend-Unterhaltung

im Lokal „Dirck“ laden wir unsere werten Freunde von hier und Umgebung höflich ein. Beginn punkt 7 Uhr.

Der Ausschuß.

Wer ist „National“?

Nicht wer diesen Namen unnütz gebraucht,
Nicht wer anderen vaterländische Gesinnung abspricht,
Nicht wer unklare Gefühlspolitik treibt,
Nicht wer die Klassengegensätze verschärft,
Nicht wer die partikularistische Reichsfeindschaft fördert.

Sondern national ist,
wer die Reichseinheit stärkt,
wer opferwillige Befreiungspolitik treibt,
wer an die politische Reife des deutschen Volkes glaubt,
wer für eine wahre Volksgemeinschaft eintritt.

Deshalb ist die wahrhaft nationale Partei:
Die Deutsche Demokratische Partei.

Darum wähle
Liese

Wieland — Heuß — Henne — Eberhardt (Else)
Deutsche Demokratische Partei!

Bezirks-Konsumverein

An Mitglieder und Nichtmitglieder ergeht hiermit die freundliche Einladung zum Besuch der

Weihnachts-Ausstellung.

Der Eintritt ist für jedermann frei!

An den drei Sonntagen vor dem Weihnachtsfeste von 11—5 Uhr geöffnet.

Bezirks-Konsumverein Neuenbürg-Enz. E. G. m. b. H.

Berein württ. Körperschaftsbeamten, Bezirk Neuenbürg.

Mittwoch den 10. Dezbr. 1924, nachmittags 2 Uhr, Neuenbürg: Aufwertungsausschuss

S. P. D. Sonntag abend „Ablen“

Ev. Gottesdienste in Neuenbürg.

Sonntag, den 7. Dezember, (2. Advent.) 10 Uhr Predigt Matth. 24, 1—14; Lied Nr. 140; Stadtkirch von Jan. 1/2 Uhr Christenlehre (Söhne); Dehon Dr. Meigen, Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus. Stadtkirch von Jan. In Waldrensch ist am Donnerstag abend 8 Uhr Bibelstunde.

Kathol. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, den 7. Dezember, 9 Uhr Predigt und Amt. 2 Uhr Christenlehre und Andacht.

Montag, den 8. Dezember, Mariä unbes. Empfängnis: 7 Uhr Predigt und Amt. 2 Uhr Andacht. Mittwoch 1/2 8 Uhr Korate.

Methodisten-Gemeinde Prediger E. Lang, Sonntag, den 7. Dezember, Vorm. 10 Predigt. 11 Uhr Sonntagsschule. Mittwoch abend 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.